



So gelingt Integration

Bildung ist der zentrale Schlüssel zur Integration derjenigen, die dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Die bayerische Bildungspolitik steht vor einer der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. All diejenigen Kinder und Jugendlichen, die jetzt im Juli und August gekommen sind, werden - egal wo sie auf die Anerkennung ihres Asylantrages warten - im November und Dezember, also drei Monate nachdem sie nach Deutschland eingereist sind, schulpflichtig.

Angesichts der steigenden Zahl junger Asylbewerber und Flüchtlinge müssen eingefahrene Strukturen verlassen und neue Wege beschritten werden. Die genauen Zahlen werden erst Zug um Zug nach Schuljahresbeginn bekannt werden. Niemand weiß, mit welcher Zunahme während des Schuljahres zu rechnen sein wird. Vorsichtige Schätzungen gehen aber von mehreren Zehntausend aus.

Jedenfalls haben wir keine Zeit zu verlieren. So zu tun, als könne man den Kopf in den Sand stecken und mit 750.000 Euro für rund 15 Lehrerstellen auch nur annähernd dem Problem gerecht werden, ist fahrlässig.

Die SPD-Landtagsfraktion Bayern bietet dem Kultusminister in dieser Frage die Zusammenarbeit an. Alle an Bildung Beteiligten müssen jetzt an einen Tisch und nach Lösungen suchen für das, was kommt. Da darf es keinen Parteienstreit geben. Kommunen, Verbände, Freie Wohlfahrtspflege et.al. müssen zusammenhelfen, um die Aufgabe zu meistern.

Folgende Herausforderungen müssen bewältigt werden, um ein geordnetes Verfahren zu haben:

1. Über Clearingstellen, die flächendeckend aufgebaut werden müssen, können den jungen Flüchtlingen ihren Potentialen angemessene Bildungsangebote und der richtige Förderort zugewiesen werden. Damit stellen wir die Einzelschicksale der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt.
2. Alle müssen mithelfen, damit dieser Integrationsprozess gelingt. Jetzt ist die Solidarität der gesamten Schulfamilie gefragt. Selbstverständlich müssen sich alle Schularten dieser Aufgabe stellen. Es kann also nicht mehr alleine die Aufgabe der Grund- und Mittelschulen bzw. der Berufsschulen und deren Lehrkräfte bleiben, sondern es müssen auch Realschulen, Gymnasien, Wirtschaftsschulen, Fachschulen und Förderschulen einbezogen werden.
3. Der Umgang mit der zunehmenden Heterogenität ist die Voraussetzung für gute Bildung. Nicht alle Schulen sind auf diese Herausforderung ausreichend vorbereitet. Die Unterstützersysteme müssen flexibel und dem tatsächlichen Bedarf angemessen sein. Passgenaue Fortbildungsangebote einerseits, aber auch zeitweise Unterstützung durch ein Zwei-Pädagogen-System andererseits sind notwendig. Nur so bleiben unsere Schulklassen die Willkommensklassen, die wir uns wünschen und die den Kindern und Jugendlichen angemessen sind.
4. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Alle Kinder und Jugendlichen müssen schnell grundlegende Deutschkenntnisse erlangen können. Je nach den örtlichen Gegebenheiten können eine Übergangsklasse, eine Deutsch-Förderklasse oder Deutsch-Förderkurse das Mittel der Wahl sein. Um die soziale Integration zu

beschleunigen, sollten die Kinder und Jugendlichen möglichst viel mit Gleichaltrigen zusammen sein. Hier ist der Ausbau der gebundenen Ganztagsangebote extrem wichtig. Geeignete und vor allem ausreichend Lehrkräfte unterstützen die Schulen bei der Umsetzung des Spracherwerbs.

5. Ein flexibles Lehrerkontingent (Task Force) muss für die Unterstützungsmaßnahmen das ganze Schuljahr über vorgehalten werden. So unterschiedlich die Flüchtlingskinder in den Schulen ankommen, so unterschiedlich und flexibel müssen die Zusatzlehrkräfte auch zur Verfügung gestellt werden. Auch wenn das bisher ungewöhnlich ist und war: Die Schulbehörde darf nicht nur monatlich den aktuellen Stand abfragen, sie muss auch ggf. monatlich neues Personal bereitstellen. Der Nachtragshaushalt muss hierfür genügend Mittel flexibel zusätzlich enthalten.
6. Alle Lehrkräfte mit der Zusatzqualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ werden jetzt gebraucht. Im Schuljahr 2013/2014 standen laut Auskunft der Staatsregierung in ganz Bayern nur 507 Lehrkräfte mit der Zusatzqualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ etc. zur Verfügung. Es kommen aber immer noch zu wenige jährlich dazu. Es muss Bestandteil jeder Lehrerausbildung werden. Das Kultusministerium muss mindestens allen jungen Lehrkräften aus allen Schularten mit dieser Zusatzqualifikation schriftlich ein Einstellungsangebot machen.
7. Um schnell Fachkräfte gerade für den Spracherwerb zu bekommen, bedarf es einer mehrmonatigen Fortbildungsoffensive. Über 100.000 Lehrerinnen und Lehrer in Bayern unterrichten an den Schulen. Möglichst vielen von ihnen ein erstes Fortbildungsangebot für „Deutsch als Zweitsprache“ und interkulturelle Kompetenz zu machen, ist das Gebot der Stunde.
8. Darüber hinaus werden aber weitere Unterstützersysteme für Kinder und Lehrkräfte benötigt. Traumatisierte Kinder brauchen Fachleute wie Schulpsychologen, Heilpädagogen und Sozialpädagogen. In vielen Klassen muss zusätzliches Fachpersonal die Lehrkräfte unterstützen. Bestens qualifizierte Lehrkräfte auf der Warteliste könnten dafür ebenfalls durch geeignete Fortbildungsmaßnahmen fit gemacht werden.
9. Die Bildung von erwachsenen Flüchtlingen und Asylbewerbern kann auch nicht mehr allein von Ehrenamtlichen geschultert werden. Es braucht eine Professionalisierung. An den bayerischen Volkshochschulen und bei den anderen Trägern der Erwachsenenbildung müssen die Kapazitäten und die Kompetenzen, die da sind, massiv ausgebaut werden. Hier könnte die Zusammenarbeit von schulischer und Erwachsenenbildung neue Wege gehen. Es muss auf Landkreisebene dazu ein Koordinierungsrat gebildet werden. Die Förderung der Bildung von Erwachsenen muss in diesem Zusammenhang neu aufgestellt werden. Die Refinanzierung von Sprachkursen, Integrationskursen, Alphabetisierungskursen und Kursen zu politischer Bildung muss für die Träger deutlich anders ausfallen als bisher.
10. Bildung braucht immer auch geeignete Räume und Häuser. Um zusätzliche Kapazitäten zu finden und sie auch schnell verwenden zu können, braucht es jetzt eine gute Koordination. Dazu müssen die Kommunen ins Boot geholt werden und aufgrund der unterschiedlichen Schulträgerschaften interkommunal zusammenarbeiten.
11. Um gerade auch sehr jungen Flüchtlingskindern, die eine Kindertagesstätte besuchen, den Übergang in die Grundschule zu erleichtern, muss über neue Kooperationsformen zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen nachgedacht werden. Kindern von Asylbewerbern und Flüchtlingen muss die Möglichkeit eröffnet werden, so schnell wie möglich in den Kindertagesstätten aufgenommen und gefördert zu werden.